

Antrag

der Abgeordneten Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, Dr. Michael Kaufmann, Norbert Kleinwächter, Barbara Benkstein, Matthias Moosdorf, Martin Reichardt, Dr. Christina Baum, Roger Beckamp, Thomas Dietz, Peter Felser, Kay Gottschalk, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD

Lehrer effektiv entlasten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschlands Lehrer sind überlastet. Der Fachkräftemangel bei Lehrkräften und die Mehrbelastung durch fachfremde Aufgaben führen zu einer Überbeanspruchung der deutschen Lehrerschaft. Viele Lehrer verlassen daher frühzeitig ihren Beruf oder steigen auf Teilzeitleösungen um, wodurch sich die Personallücke weiter vergrößert, was zu einer Abwärtsspirale führt. Nicht einmal 60 % der Lehrer im Schuljahr 2021/2022 arbeiteten in Vollzeit (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/02/PD23_N008_742.html). Nur 25 % der Lehrer, die 2017 in den Ruhestand gingen erreichten die gesetzliche Regelaltersgrenze (www.news4teachers.de/2019/05/ein-alarmsignal-immer-mehr-lehrer-scheiden-vor-dem-erreichen-der-gesetzlichen-altersgrenze-aus-dem-dienst/). Um Deutschlands Zukunft als Bildungsnation zu bewahren und den Schülern eine angemessene Schulausbildung zu garantieren, müssen Deutschlands Lehrer entlastet werden. Die Erhöhung der Anzahl an Lehrern in Vollzeit und die Reduzierung der Anzahl an Lehrern, die vorzeitig aus dem Schuldienst ausscheiden, sind ein effektives Mittel zur Bekämpfung des Lehrermangels. Das kann nicht allein im Verantwortungsbereich der Länder liegen. Auch beim Digitalpaket war es dem Bund möglich trotz des Bildungsföderalismus ein Budget zweckgebunden zur Verfügung zu stellen.

Allein in Brandenburg werden im kommenden Schuljahr 1.880 neue Lehrkräfte gebraucht, die nicht zu finden sind (<http://nachrichten.btg/index.php/news/perma/-ID/6398cd2ca08a1d182aa490d16442676d/type/tnews/highlighting/1>). In Bayern muss jede zehnte Schulstunde aufgrund Lehrermangels ausfallen (<http://nachrichten.btg/index.php/news/perma/ID/413216e4bc24bae2552016c8a114b4d8/type/tnews/highlighting/1>). In Sachsen-Anhalt müssen Lehrer seit März 2023 bis zum Schuljahr 2027/2028 wöchentlich eine Stunde zusätzlich arbeiten (<http://nachrichten.btg/index.php/news/perma/ID/1d729d8f2fa25ad722819510a4d32497/type/tnews/highlighting/1>). In Mecklenburg-Vorpommern wird bis 2030 über die Hälfte der Lehrer altersbedingt aus ihrem Dienst ausscheiden (<http://nachrichten.btg/index.php/news/perma/ID/4d2b9897193bd1de95db2133e6ba4912/type/tnews/highlighting/1>).

Die Politik der Bundesregierung bedingt eine unkontrollierte Erhöhung der Schülerzahlen und damit einen höheren Bedarf an Lehrern. Gegenwärtig sind es vor allem

Schüler aus der Ukraine, die für zusätzlichen Bedarf sorgen. Inzwischen wurden mehr als 200.000 geflüchtete ukrainische Schüler an deutschen Schulen aufgenommen. Allein in Nordrhein-Westfalen rund 40.000; in der Bundeshauptstadt 7.000. Über die Hälfte der Schulen sieht keine Möglichkeiten mehr, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Ohne das zusätzliche Engagement der deutschen Lehrerschaft wäre die Situation noch dramatischer. In jeder fünften Schule mit ukrainischen Schülern haben Lehrer in Teilzeit ihre Stunden aufgestockt; in jeder zehnten Schule sind pensionierte Lehrer zur Unterstützung in den Schuldienst zurückgekehrt. Um alle geflüchteten ukrainischen Schüler zu unterrichten, bräuchte es zwischen 13.500 und 19.400 zusätzliche Lehrer (<https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/ukraine-wie-schulen-gefluechtete-kinder-aufnehmen/>). Landräte verschiedener Parteien signalisieren zunehmend, dass die Kommunen bei der sogenannten Flüchtlingsaufnahme an ihre Grenzen stoßen, gerade auch in Hinblick auf die schulische Situation und fordern teilweise einen Aufnahmestopp (www.welt.de/politik/deutschland/article243557155/Bayern-Landraete-warren-Aufnahme-von-Migranten-und-Fluechtlingen-am-Limit.html; www.focus.de/politik/deutschland/ich-brauche-keine-antwort-mehr-vom-bundeskanzler_id_186081244.html; www.lr-online.de/lausitz/guben/ein-jahr-ukraine-krieg-aufnahme-von-fluechtlingen-_so-angespannt-ist-die-lage-an-gubens-schulen-und-kitas-69478151.html; www.bz-berlin.de/brandenburg/landraete-fordern-fluechtlings-stopp; www.landkreistag.de/presseforum/pressemitteilungen/3291-fluechtlingsgipfel-keine-konkreten-zusagen).

2009 hat sich Deutschland verpflichtet, Kinder mit und ohne Beeinträchtigung gemeinsam zu unterrichten. Im Schuljahr 2013/2014 besuchten bundesweit 31,4 % aller Kinder mit Förderbedarf eine Regelschule (Klemm: Inklusion in Deutschland. Fakten und Daten, Bertelsmann-Stiftung, 2015, S. 6). Im Schuljahr 2020/2021 waren es bereits 44,7 % (www.aktion-mensch.de/inklusion/bildung/hintergrund/zahlen-daten-und-fakten/inklusionsquoten-in-deutschland).

Politisches Ziel ist ein Inklusionsanteil von 100 %, was das Ende der etablierten deutschen Förderschulen bedeutete. Die deutsche Lehrerschaft ist diesem Vorhaben kritisch gegenüber eingestellt. Nur 2 % der Lehrer in Deutschland halten die Abschaffung der Förderschule für sinnvoll (Forsa: Inklusion an Schulen aus Sicht der Lehrkräfte in Deutschland. Meinungen, Einstellungen und Erfahrungen. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Lehrerinnen und Lehrern, 2020, S. 13). Aus Sicht der Förderlehrer wird der Einsatz an verschiedenen Regelschulen als Belastung empfunden (Hedderich und Hecker: Belastung und Bewältigung in integrativen Schulen. Eine empirisch-qualitative Pilotstudie bei LehrerInnen für Förderpädagogik, Klinkhardt, 2009, S. 85). Die Digitalisierung an Schulen, ein größer werdender Verwaltungsaufwand, eine steigende Anzahl an Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten und Lernrückständen bringen die Lehrkräfte zunehmend an ihre Belastungsgrenze und gefährden die Unterrichtsqualität. Eine Entlastung durch entsprechendes Fachpersonal ist vonnöten. Zur besseren Koordinierung des Fachpersonals im Gesundheitsbereich bietet sich die Errichtung einer Schularztstelle mit den entsprechenden Kompetenzen an.

Ein noch allzu oft tabuisiertes Thema, welches die Attraktivität des Lehrerberufes deutlich senkt, ist das der Gewalt an Schulen. Laut einer repräsentativen Forsa-Studie aus dem Jahr 2020 unter Schuldirektoren wird diese Thematik von 30 % als Tabu empfunden. 61 % gaben an, dass in den letzten fünf Jahren Fälle von direkter psychischer Gewalt an ihren Schulen vorkamen. Ein Drittel gab Fälle von physischer Gewalt an. Online-Gewalttaten gab ein Drittel an. Es zeigte sich bei allen Gewaltformen eine Steigerung im Vergleich zu Vorgängerstudien. Ein Drittel der Direktoren gab an zu viele andere Aufgaben zu haben, um Gewaltfälle richtig anzugehen bzw. der bürokratische Aufwand sei einer Meldung zu zeitaufwendig (www.vbe.de/fileadmin/user_upload/VBE/Service/Meinungsumfragen/2020-09-18_forsa-Bericht_Gewalt_Bund.pdf). Zur Steigerung der Berufsattraktivität sind daher Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheitslage an Schulen zu verbessern.

Zusätzlich ist es notwendig, die Möglichkeiten von Quer- und Seiteneinsteigern in den Lehramtsberuf weiterhin zu verbessern und diese auch entsprechend mit Fort- und Weiterbildungen zu qualifizieren, um die Personallücke kurzfristig abzumildern. Des Weiteren sollte die Zuverdienstgrenze für pensionierte Lehrkräfte ausgesetzt werden, da sie bisher für Interessenten ein Grund war, nach der Pensionierung nicht weiterzuarbeiten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die illegale Einwanderung zu unterbinden, die nicht zuletzt auch dazu führt, dass die Beschulung aller Kinder in unserem Land – auch aber nicht nur der Kinder von Asylbewerbern – vielerorts kaum noch möglich oder doch erheblich beeinträchtigt ist;
2. auf Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung einen „Lehrerentlastungspakt“ zu schließen, der die Bedingungen regelt, unter welchen Voraussetzungen der Bund die Länder finanziell unterstützt, um Lehrkräfte effektiv zu entlasten und damit einen Beitrag zur kurzfristigen Abfederung des Lehrermangels zu leisten. Der Pakt soll zumindest auch Regelungen zu folgenden Punkten enthalten:
 - a) Aussetzung des weiteren Ausbaus inklusiven Unterrichtes, da er unter gegenwärtigen Umständen nicht adäquat umgesetzt werden kann;
 - b) Schaffung neuer Stellen für Schulverwaltungsfachkräfte und IT-Fachkräfte diese dürfen keine Lehrerplanstellen ersetzen;
 - c) Errichtung einer zentralen Anlaufstelle unter der Leitung des Gesundheitsamtes für Gesundheitsvorsorge, Inklusion, Schulsozialarbeit, Sanitätsdienst und schulpsychologischer Dienst;
 - d) Ergreifung geeigneter Maßnahmen, um die Sicherheit an Schulen zu gewährleisten; beispielsweise Anspruch auf Metalldetektoren und Sicherheitspersonal für Schulen;
 - e) Verbesserung der Möglichkeiten und Qualifizierungsangebote von sogenannten Quer- und Seiteneinsteigern im Lehramtsberuf;
 - f) Aussetzung der Zuverdienstgrenze für pensionierte Lehrkräfte.

Berlin, den 29. Juni 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

